

Auch manche Bischöfe mögen kein Englisch

Eine Insiderin bezweifelt, dass die katholische Kirche in Kamerun vermitteln kann

Im anglophonen Teil Kameruns stehen die Zeichen auf Bürgerkrieg. Die International Crisis Group, ein Brüsseler Think Tank, sieht in der katholischen Kirche den einzig möglichen Vermittler zwischen den anglophonen Rebellen und der frankophonen Regierung. Doch eine Insiderin ist überzeugt, dass die Bischöfe dazu nicht in der Lage sind.

Seit Monaten sterben jeden Tag Menschen im englischsprachigen Teil von Kamerun. Verhaftungen und Kidnapping sind an der Tagesordnung. Dörfer werden niedergebrannt und ihre Bewohner vertrieben. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass seit Herbst 160.000 Menschen in andere Teile des Landes oder nach Nigeria geflohen sind.

Hintergrund ist die seit Jahrzehnten andauernde Diskriminierung der anglophonen Minderheit im Südwesten des Landes, die etwa ein Fünftel der rund 24 Millionen Einwohner Kameruns ausmacht. Unabhängigkeitsaktivisten haben im Südwestteil des Landes am 1. Oktober 2017 den Staat Ambazonien ausgerufen. Der Name leitet sich von der Amba-Bucht im Golf von Guinea ab. Seither kommen die beiden anglophonen Provinzen Südwest und Nordwest nicht mehr zur Ruhe. Wer hinter der Gewalt steht, ist nicht klar. Die Regierung macht die Rebellen verantwortlich, und diese beschuldigen Polizei und Militär. Der 85-jährige Staatspräsident Paul Biya, der im Herbst noch einmal gewählt werden möchte, schweigt beharrlich zu den bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Südwesten.

Die International Crisis Group, eine renommierte Denkfabrik in Brüssel, hat Ende April in einer Studie die katholische Bischofskonferenz von Kamerun aufgefordert, sich als Vermittlerin in dem Konflikt zur Verfügung zu stellen. Die katholische Kirche repräsentiere mehr als ein Drittel der Bevölke-

rung, sei im ganzen Land vertreten und habe über ihre zahlreichen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen großen Einfluss auf die Gesellschaft. „Neben den katholischen Geistlichen gibt es nur wenige erfolgversprechende Friedensstifter“, heißt es in dem Papier. Wenn niemand diese Rolle ausfülle, würden die separatistischen Tendenzen weiter wachsen und weitere Gewalt hervorrufen.

„Die Kirche ist doch genauso gespalten wie das Land“

Den Analysten aus Brüssel ist durchaus bewusst, dass in der kamerunischen Bischofskonferenz verschiedene Meinungen zu dem Konflikt vertreten sind. Deswegen solle die Kirche ihre inneren Gräben überwinden, die frankophonen und anglophonen Bischöfe sollten sich zusammensetzen und eine gemeinsame Neutralitätserklärung abgeben, schlagen sie vor.

Doch genau das hält Laura Anyola Tufon für unrealistisch. Die Juristin und Menschenrechtsaktivistin, die seit vielen Jahren die Kommission Justitia et Pax im anglophonen Erzbistum Bamenda koordiniert, übt harsche Kritik an Ver-

tretern ihrer Kirche. „Die Bischöfe sind Teil des Problems, nicht Teil der Lösung“, sagt sie bei einem Gespräch in Frankfurt, wohin sie die Abteilung Weltkirche im Bistum Limburg eingeladen hat. „Die Kirche ist doch genauso gespalten wie das ganze Land.“ Wenn die Bischofskonferenz zusammenkomme, werde grundsätzlich alles nur auf Französisch diskutiert, berichtet Tufon. Auch die Papiere und Anträge der anglophonen Bischöfe würden immer erst ins Französische übersetzt. „Einige anglophone Bischöfe weigern sich mittlerweile, überhaupt noch zu den Treffen der Bischofskonferenz nach Yaoundé zu fahren, weil ihnen dort sowie so niemand zuhört.“

Eine Memorandum des anglophonen Klerus wird ignoriert

Im Dezember 2016 hätten die sechs Bischöfe der anglophonen Regionen ein Memorandum zur eskalierenden Gewalt im anglophonen Teil verfasst und an Präsident Biya geschickt. Das Journal der Bischofskonferenz, in dem sonst alle wichtigen Texte aus den Diözesen veröffentlicht würden, habe sich aber geweigert, dieses Memorandum

abzudrucken. „Die Vorurteile gegenüber dem anglophonen Kamerun stecken tief in den Menschen drin“, sagt Tufon.

Es geht nicht nur um ein Sprachenproblem. „Viele Bischöfe stehen auf der Seite der Regierung und lassen sich auch von ihr kaufen“, klagt Tufon. Als im April 2017 alle anglophonen Bischöfe von einigen regierungsfreundlichen Eltern verklagt wurden, nicht genug gegen den monatelangen Boykott in den katholischen Schulen zu tun, bekundeten die frankophonen Bischöfe keinerlei Solidarität mit ihren Brüdern, berichtet sie. Sie selbst habe die Hoffnung aufgegeben, dass die katholische Kirche in diesem Konflikt eine Schlichterrolle spielen könne. Vielmehr sehe sie in Frankreich und Deutschland mögliche Vermittler. „Frankreich ist wirtschaftlich sehr stark in Kamerun vertreten, auch im anglophonen Teil, und hat außerdem politische Interessen.“ Deutschland als wichtigster Partner Frankreichs in der EU solle Paris drängen, seine diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Lösung der Krise zu nutzen, fordert Tufon.

Katja Dorothea Buck



Missachtete Minderheit

Die Wurzeln des Konflikts zwischen der Zentralregierung im mehrheitlich frankophonen Kamerun und der anglophonen Minderheit im Südwesten gehen bis in die Kolonialzeit zurück. Die deutsche Kolonie Kamerun wurde nach dem Ersten Weltkrieg in ein französisches und ein kleineres britisches Mandatsgebiet aufgeteilt. Als dieses 1961 unabhängig wurde, bildete sein Südteil eine Föderation mit dem seit 1960 unabhängigen Kamerun (der Nordteil optierte für Nigeria). Er brachte eine ganz andere Verwaltung als der Rest des Landes. Bereits 1972 verlor der anglophone Teil seine Autonomierechte; seither wurden seine Mitbestimmungsmöglichkeiten immer wieder beschnitten. (kb)

Auch manche Bischöfe mögen kein Englisch

Eine Insiderin bezweifelt, dass die katholische Kirche in Kamerun vermitteln kann

Im anglophonen Teil Kameruns stehen die Zeichen auf Bürgerkrieg. Die International Crisis Group, ein Brüsseler Think Tank, sieht in der katholischen Kirche den einzig möglichen Vermittler zwischen den anglophonen Rebellen und der frankophonen Regierung. Doch eine Insiderin ist überzeugt, dass die Bischöfe dazu nicht in der Lage sind.

Seit Monaten sterben jeden Tag Menschen im englischsprachigen Teil von Kamerun. Verhaftungen und Kidnapping sind an der Tagesordnung. Dörfer werden niedergebrannt und ihre Bewohner vertrieben. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass seit Herbst 160.000 Menschen in andere Teile des Landes oder nach Nigeria geflohen sind.

Hintergrund ist die seit Jahrzehnten andauernde Diskriminierung der anglophonen Minderheit im Südwesten des Landes, die etwa ein Fünftel der rund 24 Millionen Einwohner Kameruns ausmacht. Unabhängigkeitsaktivisten haben im Südwestteil des Landes am 1. Oktober 2017 den Staat Ambazonien ausgerufen. Der Name leitet sich von der Amba-Bucht im Golf von Guinea ab. Seither kommen die beiden anglophonen Provinzen Südwest und Nordwest nicht mehr zur Ruhe. Wer hinter der Gewalt steht, ist nicht klar. Die Regierung macht die Rebellen verantwortlich, und diese beschuldigen Polizei und Militär. Der 85-jährige Staatspräsident Paul Biya, der im Herbst noch einmal gewählt werden möchte, schweigt beharrlich zu den bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Südwesten.

Die International Crisis Group, eine renommierte Denkfabrik in Brüssel, hat Ende April in einer Studie die katholische Bischofskonferenz von Kamerun aufgefordert, sich als Vermittlerin in dem Konflikt zur Verfügung zu stellen. Die katholische Kirche repräsentiere mehr als ein Drittel der Bevölke-

rung, sei im ganzen Land vertreten und habe über ihre zahlreichen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen großen Einfluss auf die Gesellschaft. „Neben den katholischen Geistlichen gibt es nur wenige erfolgversprechende Friedensstifter“, heißt es in dem Papier. Wenn niemand diese Rolle ausfülle, würden die separatistischen Tendenzen weiter wachsen und weitere Gewalt hervorrufen.

„Die Kirche ist doch genauso gespalten wie das Land“

Den Analysten aus Brüssel ist durchaus bewusst, dass in der kamerunischen Bischofskonferenz verschiedene Meinungen zu dem Konflikt vertreten sind. Deswegen solle die Kirche ihre inneren Gräben überwinden, die frankophonen und anglophonen Bischöfe sollten sich zusammensetzen und eine gemeinsame Neutralitätserklärung abgeben, schlagen sie vor.

Doch genau das hält Laura Anyola Tufon für unrealistisch. Die Juristin und Menschenrechtsaktivistin, die seit vielen Jahren die Kommission Justitia et Pax im anglophonen Erzbistum Bamenda koordiniert, übt harsche Kritik an Ver-

tretern ihrer Kirche. „Die Bischöfe sind Teil des Problems, nicht Teil der Lösung“, sagt sie bei einem Gespräch in Frankfurt, wohin sie die Abteilung Weltkirche im Bistum Limburg eingeladen hat. „Die Kirche ist doch genauso gespalten wie das ganze Land.“ Wenn die Bischofskonferenz zusammenkomme, werde grundsätzlich alles nur auf Französisch diskutiert, berichtet Tufon. Auch die Papiere und Anträge der anglophonen Bischöfe würden immer erst ins Französische übersetzt. „Einige anglophone Bischöfe weigern sich mittlerweile, überhaupt noch zu den Treffen der Bischofskonferenz nach Yaoundé zu fahren, weil ihnen dort sowie so niemand zuhört.“

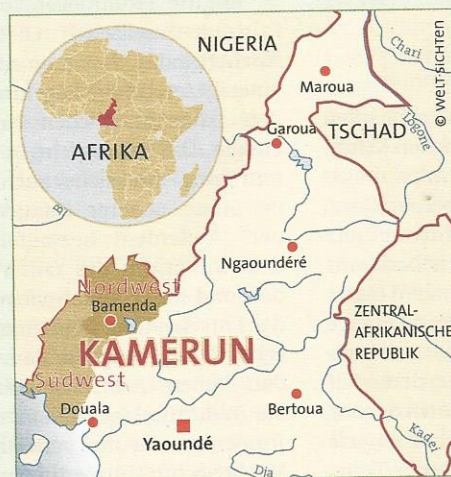
Eine Memorandum des anglophonen Klerus wird ignoriert

Im Dezember 2016 hätten die sechs Bischöfe der anglophonen Regionen ein Memorandum zur eskalierenden Gewalt im anglophonen Teil verfasst und an Präsident Biya geschickt. Das Journal der Bischofskonferenz, in dem sonst alle wichtigen Texte aus den Diözesen veröffentlicht würden, habe sich aber geweigert, dieses Memorandum

abzudrucken. „Die Vorurteile gegenüber dem anglophonen Kamerun stecken tief in den Menschen drin“, sagt Tufon.

Es geht nicht nur um ein Sprachenproblem. „Viele Bischöfe stehen auf der Seite der Regierung und lassen sich auch von ihr kaufen“, klagt Tufon. Als im April 2017 alle anglophonen Bischöfe von einigen regierungsfreundlichen Eltern verklagt wurden, nicht genug gegen den monatelangen Boykott in den katholischen Schulen zu tun, bekundeten die frankophonen Bischöfe keinerlei Solidarität mit ihren Brüdern, berichtet sie. Sie selbst habe die Hoffnung aufgegeben, dass die katholische Kirche in diesem Konflikt eine Schlichterrolle spielen könne. Vielmehr sehe sie in Frankreich und Deutschland mögliche Vermittler. „Frankreich ist wirtschaftlich sehr stark in Kamerun vertreten, auch im anglophonen Teil, und hat außerdem politische Interessen.“ Deutschland als wichtigster Partner Frankreichs in der EU solle Paris drängen, seine diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Lösung der Krise zu nutzen, fordert Tufon.

Katja Dorothea Buck



Missachtete Minderheit

Die Wurzeln des Konflikts zwischen der Zentralregierung im mehrheitlich frankophonen Kamerun und der anglophonen Minderheit im Südwesten gehen bis in die Kolonialzeit zurück. Die deutsche Kolonie Kamerun wurde nach dem Ersten Weltkrieg in ein französisches und ein kleineres britisches Mandatsgebiet aufgeteilt. Als dieses 1961 unabhängig wurde, bildete sein Südteil eine Föderation mit dem seit 1960 unabhängigen Kamerun (der Nordteil optierte für Nigeria). Er brachte eine ganz andere Verwaltung als der Rest des Landes. Bereits 1972 verlor der anglophone Teil seine Autonomierechte; seither wurden seine Mitbestimmungsmöglichkeiten immer wieder beschnitten. (kb)